



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/274

24. November 1950.

Hinweise
auf den Inhalt:

Franco wieder salonfähig	S.1
Die innenpolitische Entwicklung in den USA	S.3
Dr. Bartrams "Sparsamkeit"	S.5
Der internationale Beirat des Südwestfunk	S.6

Spaniens Wiedereintritt in das Welttheater.

P.H. Dem Beschluss der UNO, die diplomatische Diskriminierung Spaniens teilweise aufzuheben, ist die Aufnahme Spaniens in die Landwirtschaftsorganisation der UNO (gleichzeitig mit Deutschland) gefolgt. Gleichzeitig wird gemeldet, dass der konservative Ex-Minister Gil Robles nach Madrid zurückgekehrt sei. Er war als Gegner Francos seinerzeit emigriert und dürfte nicht zurückgekehrt sein, ohne jetzt von Franco die Zusicherung erhalten zu haben, dass er politisch tragbar sei. Nimmt man hinzu, dass neben der grossen Mehrheit der lateinamerikanischen Staaten mit ihren Rechtsregierungen und Caudillos vor allem die arabischen Staaten die Aufhebung der diplomatischen Blockade über Spanien jubelnd begrüsst haben und die Türkei der erste Staat war, der seinen Gesandten wieder nach Madrid entsandte, so erkennt man unschwer, welcher Flügel der UNO sich von der Rückkehr Spaniens eine Verstärkung seiner eigenen Haltung verspricht: es sind die mehr oder weniger autoritär, oder, wenn das besser klingt "patriarchalisch" regierten Staaten.

Der Fall Spanien ist nur ein hervorragendes Beispiel dafür, dass bei aller Einigkeit in der Ablehnung des Moskauer Kommunismus sich innerhalb der UNO Blockbildungen vollziehen, die immer mehr weltpolitisch eine Rolle spielen werden. Der hispano-lateinamerikanische Block ist eine nicht zu leugnende weltpolitische Realität, der arabische Block eine andere. Und beide sind zusammengesetzt aus Staaten, die nicht nur der weltpolitischen Machtverteilung mit dem Übergewicht

der angelsächsischen Mächte, sondern auch der westeuropäischen Zivilisation mit ihren freien Arbeiterkoalitionen, ihrer weitgehenden Demokratie, ihrer Glaubensfreiheit (die Araber sogar ihrer Eibehe) misstrauisch gegenüberstehen. Die Verhandlungsfähigkeit der Staaten dieser beiden Blocks soll keineswegs angezweifelt werden, denn sie versuchen nicht, wie Sowjetrussland, ihre Kultur und ihre innenpolitischen Systeme gewaltsam über ihre Landesgrenzen hinauszutragen, aber für die UNO werden sie in vielen Fällen einen reaktionären, antidemokratischen Stein am Bein bedeuten.

Aus deutscher Schau kann man in diesen Fragen einen Gewissenskonflikt nicht vermeiden. Spanien und ein grosser Teil der latein-amerikanischen Staaten, auch die Türkei und arabische Staaten, sind deutschfreundlich. Franco hätte seine Sekundantenpolitik für Hitler nicht durchführen können, wenn sie nicht im Einklang mit der traditionellen Deutschfreundlichkeit des Landes gewesen wäre und dass Chile und Argentinien sich gegenüber allem alliierterem Druck bis zum letzten weigerten, Deutschland den Krieg zu erklären, geschah nicht aus Sympathie für den deutschen Nationalsozialismus, sondern aus Freundschaft zu Deutschland. Auch in der Nachkriegszeit sind sowohl Spanien wie Chile wie Argentinien und dazu Ägypten und die Türkei sehr viel eher als die demokratischen europäischen Länder und die USA gegen die Sieger-Mentalität und für die völlige Gleichberechtigung Deutschlands eingetreten.

Andererseits kann man als Demokrat an den Neigungen zu Putschen und Militärregierungen, an der Verweigerung des Koalitionsrechtes in vielen dieser Staaten, an ihrer religiösen Intoleranz nicht vorbeisehen. So stehen ausserpolitische Freundschaft und ähnliche Tendenzen in der Weltpolitik im Verhältnis von Deutschland zu der spanischen und arabischen Welt neben gegensätzlichen kulturellen und innenpolitischen Grundsätzen. Es ist zu hoffen, dass mit gutem Willen auf beiden Seiten ein Ausgleich gefunden wird, denn es könnte der Fortentwicklung der Welt nichts schaden, wenn neben der Stimme der traditionell demokratischen, aber auch kolonial-imperialistischen und "unconditional surrender"-Staaten diejenigen gehört werden, die nicht durch Kolonialtradition und einen Weltsieg befangen sind.

Die Bahn frei für Taft?

f. Eines der angesehensten Blätter Englands hat zur politischen Lage in Amerika nach den jüngsten Wahlen erklärt: "Je mehr man die amerikanischen Wahlresultate studiert, umso weniger ermutigend sehen sie aus." Was inzwischen vor sich gegangen ist und was sich anbahnt, ist von einer Ermutigung noch wesentlich weiter entfernt, als die Wahlergebnisse selbst. Gewiss hat Senator Taft, dessen glänzender Sieg der Sache, für die er streitet, einen mächtigen Auftrieb gegeben hat, weit von sich gewiesen, ein Isolationist zu sein, denn nur ein Idiot könne das heutzutage sein. Gewiss besteht keine unmittelbare Gefahr, dass Amerika sich von Europa abwendet, weil die Republikaner in den entscheidenden europäischen Fragen praktisch den amerikanischen Senat kontrollieren, da sie auf die Hilfe eines halben Dutzends rebellischer Demokraten aus den Südstaaten rechnen können. Aber von der so auffällig betonten Abkehr vom republikanischen Isolationismus der jüngsten Vergangenheit bis zur Praxis einer aktiven Europapolitik, wie sie Truman und Acheson betrieben haben, ist ein sehr weiter Weg, der nicht nur mit guten Vorsätzen gepflastert sein darf.

Dass Taft fast über Nacht völlig in den vordersten Vordergrund der amerikanischen Politik getreten ist, hat gute Gründe. Es gibt indessen eine ganze Reihe Republikaner von Rang und Einfluss, die ihn für ein Unglück sowohl für die Republikanische Partei wie für die politische Führung der Vereinigten Staaten halten. Das ändert nichts an der Tatsache, dass er heute ein wichtigerer Faktor der amerikanischen Politik und damit auch der Weltpolitik geworden ist, als er es je war.

Es war zu erwarten, dass sehr bald nach den Wahlen der Kampf innerhalb der Republikanischen Partei um die wichtigsten Führungsstellen einsetzen werde. Auch hier ist heute schon klar, dass Tafts Stellung sehr stark sein wird. Er ist Vorsitzender des Politischen Ausschusses, der den Kurs der Partei festlegt. Er wird diese bedeutende Stellung nicht nur behalten, sondern auf die kommende Neubesetzung seiner Mitglieder einen bestimmenden Einfluss haben. Die Senatoren Kenneth S. Wherry und Millikin werden auf alle Fälle dem Ausschuss angehören und damit den Taft-Flügel innerhalb der Repu-

blikanischen Partei an entscheidender Stelle stärken. Falls Dirksen, einer der stärksten Gegner der Europahilfe, und Knowland, der eifrigste Verfechter einer Hilfe für Tschiang Kai-scheks, Mitglieder des politischen Ausschusses werden sollten, was höchstwahrscheinlich ist, und der Senator Vandenberg, unter den führenden Republikanern der stärkste Widersacher jeder isolationistischen Richtung, aus diesem Kreis herausgedrängt werden sollte, was ebenso wahrscheinlich ist, dann ist die Bahn frei für Taft.

Es ist klar, dass Truman trotz des für ihn ungünstigen Wahlausganges nicht daran denkt, das Steuer herumzuwerfen. Aber er muss mit einer starkgewordenen Opposition rechnen, die mehr kritisch jeden seiner Schritte prüfen und jeden Anlass benutzen wird, um der Herrschaft der Demokratischen Partei das Wasser abzugraben. Er hat es mit einem Kongress zu tun, dessen restliche Amtszeit die Amerikaner eine "lame duck session" nennen, eine Periode der lahmen Ente, weil er jede kühne und weitschauende Politik der Regierung zu lähmen versuchen wird.

Ob die Bekehrung Tafts echt ist, wird sich bald zeigen. Er ist eine sehr starke Persönlichkeit, stark genug, um den Wandel vom Isolationisten zu einem für die Erfordernisse der heutigen Zeit aufgeschlossenen Politiker durchaus glaubwürdig zu machen, stark genug auch, um es den Europäern angezeigt erscheinen zu lassen, aufmerksam sein und Tun und Lassen zu beobachten.

+ + +

Dr. Bartrams "Sparsamkeit".

(with.) Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Dr. Bartram, hat in seiner Regierungserklärung "rücksichtslose Sparsamkeit" und eine "Verwaltungsreform zur Stärkung der Selbstverwaltung" angekündigt.

Diesem Zweck soll offenbar ein von der "Wahlblock-Fraktion" eingebrachter Entwurf über ein Beamtengesetz dienen. Schon die Überschrift: "Gesetz zur Aufhebung rechtswidriger Einstellungen, Anstellung und Beförderungen von Beamten" lässt darauf schließen, dass hier das NS-"Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" Pate gestanden hat. Welche Bedeutung die Regierung Bartram gerade dem

"Drang zur Futterkrippe" zuzusatz, erhellt auch die Tatsache, dass im Amtsblatt der Regierung die Personalnachrichten ab 14. Oktober wieder an erster Stelle rangieren. Die Entlassung, d.h. die Versetzung in den Wartestand der drei Landesdirektoren, der Stellung von Staatssekretären in anderen Ländern ähnlich, spricht deutlich dafür, auf welche Personen der Gesetzentwurf angewendet werden soll. Der Regierung Bartram genügte bei diesen drei Beamten die Zugehörigkeit zur SPD als Unfähigkeitsbeweis, auch wenn z.B. der Bundespräsident Heuss öffentlich die Abberufung Dr. Suchans, des bisherigen Vertreters Schleswig-Holsteins bei der Bundesregierung, bedauert, auch wenn einer der Landesdirektoren, Dr. Mithling vom Bundesinnenminister Dr. Lehr sofort zum Leiter der Kommunalabteilung in das Bundesinnenministerium berufen wurde. Als Fähigkeitsbeweis gilt aber anscheinend, wenn man im Dritten Reich Oberbürgermeister von Flensburg gewesen ist.

Es ist unerfindlich, was die neue Beamtenpolitik mit der versprochenen Sparsamkeit zu tun hat. Zunächst kostet sie mehr Geld, denn die Beamten, die in den Warte- oder Ruhestand geschickt werden, müssen weiter bezahlt werden und die neuen Beamten, die diese Posten jetzt einnehmen, arbeiten auch nicht umsonst. Anscheinend hat man sich aber nun noch nicht über die Quoten geeinigt, die den beiden Regierungspartnern bei dem zu erwartenden "Beamtenschub" zugestanden werden sollen. Daher ist der Gesetzentwurf zunächst einmal bis Dezember zugerückgestellt worden.

+ + +

Ein internationaler Kongress des "freien Sozialismus"

A.F. Ende Februar 1951 soll in Paris unter Beteiligung Frankreichs, Deutschlands, Österreichs, Belgiens, der Niederlande, der Schweiz, der Emigrationsgruppen der Oststaaten und Spaniens, und vielleicht auch Grossbritanniens und Skandinaviens, ein Internationaler Kongress des "freien Sozialismus" stattfinden. Die Initiative hierzu geht von der Partei des jetzigen Ministerpräsidenten Pleven, der demokratisch-sozialistischen Union der Widerstandskämpfer (UDSR) aus. Diese politisch verhältnismässig wenig bedeutende Gruppe verfügt über eine Reihe bekannter Persönlichkeiten, die sich immer zur Linken gehend betrachteten, aber gleichzeitig den marxistischen Sozialismus ablehnten. Aufgabe des Pariser Internationalen Kongresses, zu dem nicht zuletzt Mitglieder der sozialistischen Parteien Europas eingeladen werden

sollen, ist es, eine gemeinsame Formel zur Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit in einem Klima politischer Freiheit zu finden, unter gleichzeitiger Ablehnung des Liberalismus und des bürokratischen Etatismus.

International mit Schönheitsfehler

dt. Noblesse oblige, sagten sich die massgebenden Männer des Südwestfunks. Die Noblesse besteht darin, dass der Südwestfunk seine Heimat in Baden-Baden hat und dass Baden-Baden kaum 50 km von Strassburg entfernt liegt, der Hauptstadt Europas, sobald es einmal geeinigt sein wird. Darum hat sich der Südwestfunk seit langem bemüht, seine Sendungen aus dem nationalen Rahmen zu lösen und avantgardistisch in Wort und Musik wahrhaft europäisch zu sein. Das ist eine lobenswerte Absicht, die zumeist auch gelungen ist.

Um diese Absicht zu unterstreichen, hat sich der Südwestfunk als einzige deutsche Rundfunk-Gesellschaft einen internationalen Beirat gegeben, der aus zwölf Persönlichkeiten besteht, an deren Geltung und europäischer Gesinnung nicht zu rütteln ist. Dieser Beirat, der neben dem "Parlament" des Rundfunkrates gewissermassen die Funktion eines Senats hat (so die offizielle Lesart) besteht aus sechs Ausländern und sechs Deutschen. Bei ihrer Zusammensetzung beginnt der Schönheitsfehler. Es sind mit Bischof Dibelius, dem Herausgeber der "Deutschen Rundschau" Rudolf Peehel, Carl Zuckmayer, Eugen Kogon, dem Komponisten und Pianisten Hermann Reutter und dem Präsidenten des Evangelischen Kirchentages D.Dr. von Thadden-Trieglaff durchaus repräsentative Persönlichkeiten, aber sie repräsentieren alle eine bestimmte Richtung und man kann sie - das ist bei einem so kleinen Gremium überhaupt nicht möglich - kaum als einen Querschnitt durch die geistige Elite Deutschlands bezeichnen. Allerdings muss man sagen, dass auch nicht der Versuch gemacht wurde, einen solchen Querschnitt zu finden, denn die genannten Männer vertreten, soweit man diese Haltung in einem Wort prägnant zusammenfassen kann, die "bürgerliche" Richtung.

Ob dies Zufall oder Absicht ist, soll hier nicht untersucht werden. Aber auch bei internationalem Gestaltungsdrang muss eine deutsche Rundfunkgesellschaft solche Schönheitsfehler vermeiden, will sie nicht den Eindruck erwecken, dass sie unter dem Mantel der Internationalität einen parteipolitischen Einheitsanzug zu verbergen hat. Es wäre dem Südwestfunk sicher nicht schwer gefallen, auch repräsentative Männer zu finden, die der SPD so nahe stehen, wie z.B.

Eugen Kogon der CDU, ohne selbst in der Partei eine Rolle zu spielen. Denn Europa, auch wenn es einmal international sein sollte, besteht nicht nur aus "Bürgern". Die Noblesse wäre dann vollständiger, zumal man auch bei den sechs Ausländern diesen Gesichtspunkt nicht allzuviel Raum gegeben hat.

Aus ostdeutschen Zeitungen:

"Ich bitte euch, jetzt, wo...."

"Noch heute ist der grösste Teil der Aufklärungslokale in Weimar geschlossen. Ich bitte euch, jetzt, wo jedem Menschen der Inhalt und die Bedeutung der Prager Beschlüsse, die Ergebnisse des ersten Deutschen Kongresses der Kämpfer für den Frieden und die neuesten Ereignisse im verstärkten und verschärften Kampf um die demokratische Einheit unseres Vaterlandes nahegebracht und, wo es notwendig ist, erklärt werden müssen, haben die Aufklärungslokale geschlossen!"

"Das Volk" (SED Thüringen)

+

Fünf entschlossene Pfarrer

"Die fünf Pfarrer der Stadt Neuruppin, Superintendent Schlaeger, Superintendent Harder sowie die Geistlichen Bittkau, Fischer und Pfarrer Harder, haben den von der evangelischen Kirchengemeinde an alle Pfarrer herausgegebenen Rundbrief nicht von der Kanzel verlesen, in dem sie verpflichtet worden sind, vor Rundfunkpredigten und Vorlesungen die Genehmigung der Kirchenleitung einzuholen. Die Pfarrer erklärten einem Mitglied des Kreis Ausschusses der Nationalen Front, dass sie entschlossen seien, den Feinden der Deutschen Demokratischen Republik im Westen keine Handhabe zu geben, den Frieden zu stören."

"Märkische Volksstimme" (SED-Potsdam)

+

Mit dem "Parteiarbeiter" weg vom Sozialdemokratismus

"Der 'Funktionär', das Organ der SED-Landesleitung Sachsen, wurde in 'Der Parteiarbeiter' umbenannt. Diese Umbenennung, so schreibt die Redaktion 'Der Parteiarbeiter', ist nicht nur ein äusserer Schritt, die Überreste des Sozialdemokratismus zu überwinden, sondern zugleich ein mobilisierender, umgestaltender Faktor in der Entwicklung unserer Partei zu einer Partei vom neuen Typus. Die Redaktion stellt sich besonders die Aufgaben, die Kader mit den Kenntnissen der revolutionären Lehre unserer Klassiker des Marxismus-Leninismus auszurüsten, den entscheidendsten Kampf gegen alle Überreste des Sozialdemokratismus zu führen, die Klassenwachsamkeit zu heben und die rasche, konsequente Entwicklung der SED zu einer Partei nach dem Vorbild der ruhmreichen KPdSU(B) in Angriff zu nehmen."

("Sächsische Zeitung" SED Land Sachsen-)